



Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 7. Februar 2024

Antrags-Nr. 24-F-63-0005

Europäische Demokratie stärken - Wahlbeteiligung junger Menschen an der Europawahl 2024 fördern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 30.01.2024 -

Die Europawahl 2024 steht vor der Tür - eine historische Chance für die Einbindung der Stimmen junger Menschen. Am 09. Juni dieses Jahres dürfen zum ersten Mal auch Jugendliche ab 16 Jahren wählen. Die Teilnahme an Wahlen ist ein fundamentaler Bestandteil der Demokratie. Jede Stimme trägt dazu bei, die politische Richtung und Entscheidungen auf europäischer Ebene zu beeinflussen. Gerade für junge Menschen ist es wichtig, zu verstehen, dass ihre Stimme zählt und sie somit direkten Einfluss auf ihre Zukunft nehmen können.

In Wiesbaden beteiligten sich bei den Bundestagswahlen in der Vergangenheit oft über 70% der Wahlberechtigten, während bei den Europawahlen 2019 die Beteiligung der unter 21-Jährigen nur bei knapp 50%¹ lag (im Vergleich zu einer allgemeinen Wahlbeteiligung von 72,9% in Wiesbaden bei eben jenen Wahlen² und zu 61,3%³ in dieser Altersgruppe bei den Bundestagswahlen 2021). Diese Zahlen verdeutlichen die Notwendigkeit, gerade junge Wählerinnen und Wähler stärker für die Europawahlen zu mobilisieren.

Gleichzeitig gewinnen die Entscheidungen des Europäischen Parlaments immer mehr an Bedeutung: Von Umwelt- und Verbraucherschutz, über Wirtschafts- und Handelspolitik bis zum ERASMUS+-Austauschprogramm - das Europaparlament trifft Entscheidungen, die das Leben und die Zukunft von jungen Menschen direkt beeinflussen. Die Europawahl ist nicht zuletzt ein wesentlicher Ausdruck der europäischen Integration. Durch die Beteiligung an dieser Wahl können die Bürger*innen an der Gestaltung der Europäischen Union und Demokratie teilnehmen. Dies fördert das Bewusstsein einer gemeinsamen, demokratischen und europäischen Identität.

In diesem Zuge sollten auch die Besonderheiten beim Wahlrecht bei der Wahl zum Europäischen Parlament hervorgehoben werden: Neben dem niedrigeren aktiven Wahlalter, besitzen nämlich auch alle nicht-deutschen Unionsbürger*innen das Wahlrecht vor Ort. Somit bietet die Europawahl eine Gelegenheit, nicht nur junge Wähler*innen, sondern auch Unionsbürger*innen, die in Wiesbaden leben, anzusprechen und zu beteiligen. Dies stärkt das Gefühl der Zugehörigkeit und die aktive Beteiligung an der europäischen Demokratie. Hierbei ist es wichtig, dass vor allem jene Menschen gezielt angesprochen werden, die bisher weniger Bezug zur Politik haben.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten, welche Maßnahmen bereits bei der vergangenen Europawahl 2019 durchgeführt wurden, um die Wahlbeteiligung an der Europawahl, vor allem von jungen Menschen und Unionsbürger*innen, zu steigern und wie deren Wirksamkeit bewertet wird.

¹ [blickpunkt.statistik](#)

² [Wahlergebnisse \(gültige Stimmen\) und Wahlbeteiligung seit 1946 in Wiesbaden](#)

³ [Wiesbadener Wahlanalyse zur Bundestagswahl 2021](#)

- 2) gezielte Aktionen (beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlamentes⁴, dem Rat der Regionen und Gemeinden Europas⁵ dem staatlichen Schulamt, der Schulsozialarbeit, dem Quartiersmanagement und Vereinen wie Spiegelbild e.V. oder MoJa e.V.) durchzuführen, um Erstwähler*innen zu erreichen und diese für eine Teilnahme an der kommenden Europawahl zu sensibilisieren.
 - 3) gezielt Informationen für junge Menschen und Unionsbürger*innen zur Verfügung zu stellen und Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen, um sie auf ihr bestehendes Wahlrecht bei der kommenden Europawahl aufmerksam zu machen.
 - 4) intensiv und gezielt Öffentlichkeitsarbeit mit Informationen zur Europawahl auf allen zur Verfügung stehenden Kommunikationskanälen, etwa durch Einbindung des Pressereferats, zu betreiben, um alle Bürger*innen zur Teilnahme an der Europawahl zu bewegen.
-

Beschluss Nr. 0038

Der Antrag wird mit folgender Ergänzung der Nr. 2 angenommen:

„gezielte Aktionen (beispielsweise in Zusammenarbeit mit *dem Jugendparlament, dem Stadtjugendring und dem StadtschülerInnenrat*, dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlamentes⁴, dem Rat der Regionen und Gemeinden Europas⁵ dem staatlichen Schulamt, der Schulsozialarbeit, dem Quartiersmanagement und Vereinen wie Spiegelbild e.V. oder MoJa e.V.) durchzuführen, um Erstwähler*innen zu erreichen und diese für eine Teilnahme an der kommenden Europawahl zu sensibilisieren“

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2024

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2024

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

⁴ [Aufgaben | Verbindungsbüros | Europäisches Parlament | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](#)

⁵ [Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion - Rat der Gemeinden und Regionen Europas \(rgre.de\)](#)